

## Diplomatie ist gefordert

Ukraine: „Bereit für den Getreideexport“, FR-Politik vom 30. Juli

Dass jetzt Millionen Tonnen ukrainischem Getreides gegen den Welthunger auf Schiffen in die Welthungergebiete gelangen können, zeigt einmal mehr, wozu die von vielen Bellizisten geschmähte Diplomatie in der Lage ist. Die Kriegsparteien haben sich unter dem Dach der UNO und durch Vermittlung der Türkei auf vernünftige Regelungen einigen können. Es bleibt dabei, ein Waffenstillstand ist möglich und kann nur mit dem Feind – auch wenn er Russland/Putin heißt – auf diplomatischem Wege erreicht werden. Das gilt mehr noch für „Friedensverhandlungen“! Dafür braucht es ehrliche Makler – von mir aus gern die Türkei. Die Ukraine und Russland benötigen schnell eine Friedensperspektive; auch hier sehe ich die UNO-Diplomatie hart gefordert.

Thomas Ewald, Nidderau

## Schuss ins eigene Knie

Zu: „Wir sollten Fett nicht mit ‚krank‘ gleichsetzen“, FR-Magazin vom 25.7.

Schlimmer als dick zu sein ist es vermutlich, dick zu sein und sich darüber zu ärgern. Noch schlimmer ist es, dick zu sein und deswegen geärgert zu werden. Die „Dicken“ sollten sich aber nicht über die falschen Dinge ärgern. Es ist diskriminierend und vielleicht sogar rassistisch, dicke Menschen auf diese eine Eigenschaft zu reduzieren und deswegen über sie zu lästern. Ein No-Go! Das bedeutet aber nicht, dass Dicksein erstrebenswert ist. Im Gegenteil! Zu viel vom „Falschen“ zu essen und zu trinken, macht nicht nur dick, sondern auch krank, sogar sterbenskrank. Wer dick ist, schießt sich buchstäblich selbst ins Knie. Ungesunde Ernährung, Rauchen, zu viel Alkohol und zu wenig Bewegung sind in zivilisierten Ländern die mit Abstand wichtigste Ursache für invalidisierende Krankheiten und vorzeitige Todesfälle. Aus diesem Grund sollte man nicht Dicke ausschimpfen, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so ändern, dass Gesundmachendes, die Lebensfreude Steigerndes gefördert wird und nicht Krankmachendes.

In den letzten Jahrzehnten hat die Zahl der Übergewichtigen stark zugenommen. Das wird keine biologischen Gründe haben, sondern gesellschaftliche. Ich habe noch nie Werbung für Äpfel gesehen. Wohl aber für Sahnejoghurt. Wie kommt das wohl?

Ralf-Michael Lübbers, Marienhaf

## Die FDP torpediert alle sinnvollen Reformvorschläge

Zu: „CDU-Chef stimmt auf ‚Wohlstandsverlust‘ ein“, FR-Politik vom 27. Juli, und zu „Die Ampel steht auf Gelb“, FR-Wirtschaft vom 1. August

### Über den Wolken gerät die Realität aus dem Blick

In verschiedenen Beiträgen wurde das Thema „Wohlstandsverlust“ beleuchtet: Wer ist Verlierer, wer ist Gewinner? Zum Ausgleich der steigenden Energiekosten gerade für die unteren Einkommenschichten werden verschiedene Möglichkeiten debattiert: Übergewinnsteuer; einmalige Steuer auf unverhältnismäßige Krisenprofite einiger Großkonzerne; Wiederbelebung der Vermögenssteuer; Anhebung des Quellensteuersatzes von derzeit 25 auf 42 Prozent hoher Kapitaleinkünfte.

Vor genau 70 Jahren gab es das „Lastenausgleichsgesetz“, welches sich auf GG Art. 14 – Eigentum verpflichtet – berief. Wann, wenn nicht jetzt, ein solches Gesetz beschließen? Dem stehen jedoch Teile der CDU/CSU vehement entgegen. Freiheit, fehlinterpretiert und mittlerweile abgenutzt, wird als Argument gegen jegliche Einschränkung verwendet. Jedoch – über den Wolken, da gerät die Realität da unten etwas aus den Augen. Friedrich Merz, vom hohen Ross des Wohlstandspolsters herablickend auf die leider weniger Begüterten, meint diese belehren zu müssen, was sie bereits seit geraumer Zeit selbst bemerkt haben: weniger in der Haushaltskasse, und zwar beträchtlich. Ein Solidaritätsbeitrag nach dem Prinzip „Wohlstand verpflichtet“ wäre gewiss realitätsbezogener als herabwürdigende Belehrungen.

Unserem Schatzmeister, ebenso freiheitsliebend wie Merz, der nächstes Jahr auf die Schuldenbremse tritt, dass es knirscht, würde es gut anstehen, uns zu erklären, wie eine solche Maßnahme ohne beträchtliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Gesamtlage unseres Landes aussehen soll“.

Jutta-Maria Roth, Königswinter

### Der Porschefahrer zieht SPD und Grüne über den Tisch

Für die Verlängerung des – zwar schlechtgeredeteten, aber insgesamt erfolgreichen – Neun-Euro-Tickets gibt es kaum Aussichten. Doch der Vorschlag der Linken-



Karikatur aus der FR des Jahres 2018 – weiterhin aktuell.

THOMAS PLASSMANN

Chefin Wissler, im Anschluss ein 365-Euro-Jahresticket einzuführen, wäre problemlos durch den Bund zu finanzieren: und zwar durch Streichung des Dienstwagenprivilegs – diese Subvention gehört längst abgeschafft!

Solche sinnvollen Reformvorschläge werden regelmäßig von der FPD torpediert. Bürgergeld, Tempolimit, Vermögenssteuer, Übergewinnsteuer – alle solchen Vorhaben lehnt die neoliberale Klientelpartei ab. Stattdessen hält sie auch in Krisenzeiten an der Schuldenbremse fest, was viele dringliche Reformprojekte oder notwendige Ausgleichszahlungen unmöglich macht. Nicht zuletzt zu nennen: sinnvolle Regelungen zur Corona-Vorsorge im Herbst, die aus ideologischen Gründen verhindert werden.

Schon beim Koalitionsvertrag hatten sich Grüne und auch die SPD vom Porschefahrer über den Tisch ziehen lassen! Dabei hatten viele Bürger angesichts der kommenden Klima-Katastrophe gerade von den Grünen einschneidende, konsequente Maßnahmen erwartet. Herr Habeck und Frau Baerbock, haben Sie endlich den Mut, in Konfrontation mit

der gestrigen Klientelpartei eigene fortschrittliche Positionen durchzusetzen!

Die Besserverdienenden-Partei ist bei den letzten Wahlen endlich wieder dort gelandet, wo sie hingehört: Bei knapp über fünf Prozent! Wegen der Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen würde sich eigentlich eine Minderheitsregierung anbieten – doch ist das in der derzeitigen Krisenlage wohl keine so gute Idee! Die FDP fürchtet aber nichts so sehr, wie wieder außen vor zu sein! Also, liebe Grüne, setzen Sie Lindner die Pistole auf die Brust, seien Sie hart und konsequent bei den notwendigen Reformen für einen sozial-ökologischen Umbau!

Ach ja, der SPD-Kanzler redet auch noch mit und muss überzeugt werden – man erfährt meist wenig von dem, was er konkret vorhat. Zur Finanzierung: Fast nur von der Linkspartei kam bisher die Forderung, die Vermögenden bei den Staatseinnahmen ausreichend zu beteiligen. Die Reichen, die Coronakrisen-Gewinnler müssen ebenso wie die Profiteure der aktuellen Krise endlich einen angemessenen Beitrag zum Staatswesen leisten – die weiterhin auseinanderdriftende Gesellschaft ist ein Skandal! Winfried Kallabis, Dieburg

### Schon rein farblich nicht im Gleichgewicht

Gelb-Magenta, der moderne Farbauftritt der FDP, ist, selbst wenn die Kombination gegenwärtig als hipp gilt, eher disharmonisch, nicht im Gleichgewicht, unruhig und verunsichernd, was ja durchaus auf unsere Zeit zutreffen mag. Farbpsychologisch weist sie auf Spannungen zwischen dem Innen und Außen hin. Man schießt auf Erfolge durch das eigene Auftreten und Wirken. Man nimmt die eigene unerwiesene Bedeutung anmaßend vorweg. War der Auftritt der FDP nicht mal Gelb-Blau? In einem Farbschema also, das gegensätzliche Pole integrierend zu umspannen vermochte. Farbpsychologisch betrachtet wäre man ehemals zu Begeisterung, aber auch zu Kritik fähig gewesen. Der Rahmen, den man sich setzte, konnte sich aber auch damals schon als zu groß erweisen. Gerd Ohlhauser, Darmstadt

## Der Widerstand gegen die Atomkraft bröckelt

Zu: „Grüne im Stresstest“ und: „Gewissensprüfung“, FR-Politik vom 1. August und FR-Meinung vom 13. Juli

### Wo bleibt der Aufschrei der Basis?

Das Zitat der Grünen-Mitbegründerin Jutta Ditfurth, Grüne von heute seien wie FDP mit Fahrrad, ist aktueller denn je. Es wurde 2009 geäußert, als die FDP, die Partei der Mitte, die höchsten Zustimmungswerte hatte. Schon damals kritisierte also jemand den Profilverlust der Grünen und situierte sie in der politischen Mitte. Die Gründung der Grünen entstand aus der Friedens- und der Antiatomkraftbewegung. So wurden damals in den 80ern Slogans wie „Raus aus der Nato“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“ geäußert.

Mit Kriegsbeteiligungen wurde der Friedensanspruch schon zum zweiten Mal mit den Grünen in der Regierung über Bord geworfen. Nachdem nun auch noch die Weiternutzung der Atomkraft im Raum steht und der Widerstand der Grünen dagegen immer mehr bröckelt, entzieht sich die Partei selbst zunehmend ihr Fundament. Sie stellt sich auf den Kopf!

Wie aber passt das mit der Aussage von Herrn Habeck aus einem Wahlkampfauftritt 2018 in Bayern (Immenstadt) zusammen: „Wir brauchen keine Parteien, die kein Fundament haben, noch Irrlichter, die irgendwelchen Leuten hinterherquatschen“? Wo

bleibt der Aufschrei der Basis der Grünen und der Parteigründer?

Stefan Grözinger, Blaichach

### Wir brauchen eine neue wirklich grüne Partei

Verwundert fragt man sich, warum Claudia Roth bestreitet, dass die Grünen eine pazifistische Partei waren. Sie waren ursprünglich eine radikalpazifistische Partei, nicht nur mit ein paar pazifistischen Irläufnern, sondern programmatisch. Das kann jeder im Bundesprogramm aus dem Jahr 1980 (S.19) nachlesen: Die Grünen wollten die Nato auflösen, die Bundeswehr abbauen, Waffenhandel verbieten, die deutsche

Rüstungsindustrie auf friedliche Produktion umstellen. „Frieden und Abrüstung muss zum Leitsatz der deutschen Außenpolitik und Strategie werden.“ Wenn Roth dieses lupenrein pazifistische Programm nicht mehr wahrhaben will, kann das nur heißen, dass die Grünen zurzeit auf pazifistische Wähler verzichten, um neue Wähler zu gewinnen, die gemäß Hofreiter und Habeck nicht mehr auf strenge Friedenspolitik festgelegt sind. Mit ihrer ursprünglichen Friedenspolitik kämen die Grünen in keine Regierung rein. Aber das ist es, was sie unbedingt wollen. Es wird Zeit, eine neue, wirklich grüne Partei zu gründen. Hartmut Bärz, Kelkheim

**ZUSCHRIFTEN ONLINE**  
 Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20220802](http://frblog.de/f20220802)